

## Investition in die Zukunft des Bildungsstandorts

Mit der Abstimmung vom 30. Juni zur geplanten Erweiterung des Uni-Campus bietet sich die Möglichkeit für eine nachhaltige Investition in die Zukunft des Bildungsstandorts Ostschweiz. Denn die bestehende Infrastruktur der Universität St. Gallen sieht Platz für 5000 Studierende vor.



Abstimmung  
30. Juni  
HSG-Campus Platztor

Aktuell sind jedoch über 8600 Studenten eingeschrieben. Mit nächtlichen Vorlesungen bis 22 Uhr und Provisorien soll der Andrang verteilt werden. Schluss mit dieser Pflästerlipolitik...

Wenn Studenten für einen Lernplatz an der Universität anstehen müssen, ist es höchste Zeit für ein Ja zum neuen Uni-Campus am St. Galler Platztor!

Michelle Inauen, St. Gallen  
Studentin ETH Zürich

## Friedliche Stimmung – und ein Unterschied

«Ufe mit de Frauelöhn, abe mit de Boni»: Impressionen zum Frauenstreiktag. Als ich am Frauenstreik morgens um sechs Uhr Richtung Bahnhof marschiert bin, um Flyer und Biberli mit den Eisenbahngewerkschafterinnen und -gewerkschaftern zu verteilen, lag eine friedliche Stimmung in mir und über der Stadt.

Die gleiche Stimmung empfinde ich, wenn der Start der Olma, Offa und des CSIO stattfindet. Im Unterschied, dass zu Ehren der Kühe und Pferde die Busse beflaggt werden – warum eigentlich nicht an diesem Frauenstreiktag? Sind wir Frauen, die viel Gratisarbeit in Haushalt, Erziehung, Pflege der Angehörigen und Nachbarschaftshilfe usw. leisten, diese Ehrung nicht wert? Sind die Kühe und Pferde wichtiger für die Gesellschaft? Da können wir nur skandieren.

Ursula Waser,  
St. Gallen

## Leserbriefe

Das Forum dient der Meinungsäusserung unserer Leserinnen und Leser. Bevorzugt werden kürzere, kompakt verfasste Texte. Sie erscheinen in der gedruckten Ausgabe und online. Bei der Auswahl werden nur Leserbriefe bearbeitet, die nicht länger sind als 2000 Zeichen (inklusive Leerzeichen). Beiträge für die Ostschweiz am Sonntag sind auf 1500 Zeichen beschränkt. Die Zuschrift muss mit Name und vollständiger Postadresse versehen sein. Die Redaktion behält sich in jedem Fall vor, Zuschriften nicht zu publizieren oder sie zu kürzen. Sie kann darüber keine Korrespondenz führen.

www.tagblatt.ch → Menü → Leserbrief schreiben

## Kinder sollen spüren, dass jemand da ist

«Bezahlt endlich die Mütter», Ausgabe vom 13. Juni

Ein grosses Kompliment an Sibylle Stillhart. Endlich einmal eine Frau, die den Mut hat, das Frau- und Muttersein von einer anderen Seite zu beschreiben. Statt ständig nach neuen Krippenplätzen zu rufen, wäre es für die ganze Gesellschaft sinn- und wertvoller, den Müttern, die zu Hause bleiben wollen, um ihre Kinder zu betreuen, einen Hausfrauenlohn zu bezahlen. Und zwar in der Höhe, die andere für die Krippenbetreuung abziehen können.

Auch wenn eine Krippe noch so gut ist, sie kann niemals die Mutter ersetzen. Oft genug habe ich erlebt, wie die Kinder traurig oder frustriert nach Hause kommen. Dann ist es wichtig, dass sie spüren, es ist jemand da, der sie in den Arm nimmt

und tröstet. Das kann nicht bis zum Abend warten. Um ein erwachsener Mensch mit Rückgrat zu werden, braucht es ein stabiles Fundament. Und das erreicht man sicher nicht, indem man die Kinder ständig hin und her schiebt, oder denkt, sie mit dem Handy zu überwachen, reiche aus.

Ich bin davon überzeugt, wenn es die Möglichkeit gäbe, für die eigene Kinderbetreuung einen Lohn zu erhalten, wären wieder mehr Frauen bereit, für diese verantwortungsvolle Arbeit ein paar Jahre zu Hause zu bleiben.

Aber wie Frau Stillhart schreibt: weder die Wirtschaft, noch die Politik sind daran interessiert. Man gibt lieber Unsummen für Therapien aus. Familie ist anscheinend aus der Mode gekommen.

Karin Köppel, Widnau

## Freier Entscheid beim Einkauf

Bundesrat enttäuscht Grenzkantone, Ausgabe vom 21. Juni

Markus Hausammann, Thurgauer SVP-Nationalrat, wird im Artikel zitiert, «...dass sich Leute unethisch verhalten...». Dieses wiederkehrende Anprangern von Endkonsumenten finde ich unangebracht und einfach nur daneben. Die Einwohner der Schweiz leben in einem freien Land mit einer freien Marktwirtschaft und können frei entscheiden.

Anstatt ewig die Endkonsumenten anzuprangern, sollte sich die Politik um die Händler und Importeure kümmern, welche mehrheitlich schamlos und unethisch die hohe Kaufkraft in der Schweiz absahnen. Aber da wollen sich die mehrheitlich bürgerlichen Politiker nicht die Finger verbrennen. Das läuft dann unter dem Deckmantel «freie Marktwirtschaft». Herr Hausammann ist gebeten, sich Gedanken zu

machen zu Ursache und Wirkung. Und jetzt kommt dann gleich die alte Leier von hohen Löhnen und Bodenpreisen. Ja, die Löhne sind hoch in der Schweiz, fast die höchsten in Europa. Ja die Bodenpreise sind hoch. Dafür gibt es andere Marktfaktoren, welche die Marktteilnehmer in der Schweiz begünstigen.

Spannend ist ja in diesem Zusammenhang, es konnte noch niemand plausibel erklären, warum eine ganze Branche der Unterhaltungs- und Haushalts-elektronik günstigere Preise in der Schweiz hat als im Ausland. Warum funktioniert das bei dieser Branche? Deren Unternehmen bilden auch Lehrlinge aus, haben auch Läden in der Schweiz. Warum lohnt es nicht, einen Computer oder eine Kamera oder einen Fernseher im Ausland zu kaufen? Tja, wie gesagt, Ursache und Wirkung.

Richard Lebeda, Stettfurt

## Klageflut auf Kosten der Steuerzahler

Sowohl die Konzernverantwortungs-Initiative als auch der Gegenvorschlag setzen Schweizer Unternehmen ausländischen Klagedrohungen und Klagen aus.

Kläger aus der ganzen Welt können Prozesslawinen auslösen. Denn der Gegenvorschlag übernimmt die schädliche Mechanik, dass Schweizer Richter über Ereignisse im Ausland entscheiden. Unsere Gerichte müssen sich mit potenziellen Umweltschäden und Verletzungen von Menschenrechten in fremden Ländern auseinandersetzen und überall Schweizer Massstäbe durchsetzen.

Die Vorstellung, dass Schweizer Gerichte Fälle in fernen Ländern problemlos beurteilen können, ist realitätsfremd. Der Aufwand bei solchen Klagen ist enorm und die Beweislage oft prekär. Konzernverantwortungs-Initiative und Gegenvorschlag öffnen Tür und Tor für eine teure ausländische Klageflut. Sie überfordern die Gerichte mit komplizierten, grenzüberschreitenden Fällen. Die Kosten der umfangreichen, teuren Verfahren tragen schliesslich die Schweizer Steuerzahler.

Thomas Bolt, Heerbrugg  
Rechtsanwalt und Geschäftsführer  
Arbeitgeberverband Rheintal

## Noch zu früh zum Fliegen



Leserbild Hans-Peter Amann fotografierte in Wil.

## 5G-Moratorium vordringlich

Am 1. Juni ist die Änderung der Verordnung über den Schutz vor nichtionisierender Strahlung (NISV) in Kraft getreten, obwohl die Auswirkungen auf Mensch und Umwelt nicht geklärt sind.

Es kann nicht sein, dass man den Mobilfunkfirmen 5G-Lizenzen versteigert, zu bekannten Konditionen bei den Grenzwerten, und danach dem Drängen der Mobilfunkbetreiber nachgibt, die Grenzwerte zu erhöhen. Es wird schliesslich auch kein Ferrari produziert der nur 10 km/h fährt.

Studien der Mobilfunkindustrie behaupten, dass die Mobilfunkstrahlung keine negativen Auswirkungen auf die menschliche Gesundheit ausüben. Studien von unabhängigen Fachstellen behaupten das Gegenteil. Welchen ist mehr zu glauben?

Es ist erwiesen, dass Mobilfunkantennen in der Nähe von Bauernhöfen bei Kühen Fehlgeburten und Missbildungen verursachen. Auch sind Schädigungen an Bäumen feststellbar.

Ebenso gibt es Menschen, die nachweislich unter der Mobilfunk- und WLAN-Strahlung leiden. Die Haftungsfrage ist ungeklärt. Wer kommt für allfällige Schäden an Mensch und Umwelt auf, die Mobilfunkindustrie oder die Allgemeinheit?

Viele offene Fragen sind vorhanden. Dies zeugt von einer ungeheuerlichen Verantwortungslosigkeit von Politikern und Behörden gegenüber der Bevölkerung, 5G-Mobilfunk zum jetzigen Zeitpunkt zu bewilligen, und dies sogar in Wohngebieten, obwohl nichts geklärt ist.

Ein Moratorium, wie es die Kantone Genf und Waadt beschlossen, ist zwingend auch für andere Kantone notwendig, sie dürfen sich nicht dem Druck der Mobilfunkindustrie und des Bundesrates beugen. Der Schutz von Mensch und Umwelt hat Vorrang vor wirtschaftlichen Interessen.

Matthias Strupler,  
St. Gallen

## Ein stimmiges Angebot

Wer sich schon einmal Gedanken zum Verkauf eines Produktes oder zur Werbung für eine Region gemacht hat, der weiss, dass ein Angebot klar positioniert und möglichst eigenständig sein muss. Initiative Toggenburgerinnen und Toggenburger haben mit der Klangwelt ein authentisches Gesamtangebot geschaffen. Das Erlebnis Klang ermöglicht, die nachhaltige Entwicklung des für unser Tal so wichtigen Tourismus. Das Klanghaus wird nicht isoliert in der Landschaft stehen, sondern ist eingebettet in ein stimmiges Angebot. Das Naturschutzgebiet am Schwendisee wird aufgewertet, weil das alte Hotel Seegüetli ersetzt und das Klanghaus ausserhalb des geschützten Areals gebaut wird. Die Investition von 23 Millionen erscheint zwar hoch, bringt aber eine jährliche Wertschöpfung von 5 Millionen in unser Tal. Ich sage Ja, weil ich an die Zukunft des Toggenburgs glaube.

Andreas Niedermann,  
Oberhelfenschwil  
CVP Toggenburg

Leserbrief: Die Erwartungen an das Klanghaus, Ausgabe vom 21. Juni

Wenn sich Musikerin Elke Hildebrandt aus dem ausserrhodischen Speicher Sorgen macht, dass zu wenig Geld für Musikunterricht vorhanden sei, dann ist das klar ihre persönliche Meinung. Im Kanton St. Gallen werden die Gelder für das Klanghaus und die finanzielle Beteiligung für den Musikunterricht in



Abstimmung  
30. Juni  
Klanghaus Toggenburg

verschiedenen Departementen gesprochen und haben beide gut nebeneinander Platz.

Wenn Kulturschaffende sich gegen Kulturprojekte aussprechen, schadet es in der Regel dem ganzen Kulturbetrieb. Doch hier motiviert es all jene, die noch nicht abgestimmt haben, ihr Ja für das Klanghaus nun erst recht abzugeben.

Hanspeter Büchel, St. Gallen

## Echte Lösungen für das Klima gefragt

Vernunft statt Ideologie. In grossen Lettern prangt dieser Leitsatz auf dem neuesten SVP-Extrablatt. Wer hat denn hier Vernunft und wer die Ideologie? Endlich kann sich auch die SVP nicht der Einsicht verweigern, dass Klimawandel eine Tatsache ist und sogar menschengemacht ist. Aber statt konstruktiv nach Lösungen zu suchen, gleiten Röstli, Köppel & Co. in ideologische Gehässigkeiten ab. Links-grüne Ideologen und Falschspieler sollen die Furcht der Menschen schamlos missbrauchen, um dank Klimasteuern die grosse Umverteilung voranzutreiben. Und die jetzige Verteilung, ist sie vielleicht gerecht? Dass die Armen dieser Welt vor allem unter den Klimaänderungen leiden, die wir verursachen? Und wehe sollten sie es wagen, an unsere Türen zu klopfen, denn die Zuwanderer sollen bereits an fast allen unseren Problemen schuld sein: Zubetonierung der Natur, verstopfte Strassen, Kriminalität.

Die alte Masche also – es sind die Fremden, die Linken, die EU. Auch könnten wir ohnehin nichts tun fürs Klima, steht da, weil die anderen so viel mehr CO<sub>2</sub> in die Atmosphäre puffen als die kleine Schweiz. In anderen Dingen sind wir doch stolz auf die weltweite Wirkung des Beispiels Schweiz – direkte Demokratie, Diplomatie, Forschung, Technik. Liebe SVP, eure Anliegen sind ja oft berechtigt, aber bitte sucht nach echten Lösungen statt wieder mal mit lautstarker Ideologie andere der Ideologie zu bezichtigen.

Rätus Fischer, Flawil